



RAUM DIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 4/2009

**Stadt und Umland:
Kooperation für mehr
Lebensqualität**

Thema Stadtregionen
Wachstum und Dynamik.

Seite 4

Stadtregionen in Österreich.

Seite 7

Dialog lokal

Wasser nach Plan.

Seite 16

Dialog regional

**Miteinander – Klein-
regionentag 2009.**

Seite 22



aktuell:



Kleinregionale Entwicklungskonzepte. Seite 20



Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik
in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742/9005/14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte
Beiträge wird keine Haftung übernommen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor,
Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

GRAFISCHE KONZEPTION

UND UMSETZUNG:

Horvath Grafik Design, Leobendorf

ÜBERSETZUNGEN:

Mandana Taban

DRUCK:

radinger.print, Scheibbs

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“
wird kostenlos abgegeben.
Abonnements und Einzelbestellungen richten
Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742/9005/14128
Fax: 02742/9005/14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift
„Raumdialog“ informiert über den
Stand und die Entwicklung der Ordnung
und Gestaltung der räumlichen Umwelt in
Niederösterreich.

Thema Stadtregionen

Wachstum und Dynamik – 4
Strategien zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien.

Stadtregionen in Österreich: 7
Räumliche Entwicklungen und Steuerungsmöglichkeiten.

Städte und Agglomerationen: 10
Ein politisches Schwerpunktthema der Zukunft.

Stadtregion Graz & Graz-Umgebung: 12
Eigenes Regionalmanagement für gezielte Entwicklung.

Dialog lokal

Die bunte Themenpalette der Raumordnung:
Ortsplanung Miteinander 2009. 14

Wasser nach Plan: 16
NÖ Wassergemeinden schützen, was kostbar ist.

Aktuelle Definition: 18
Die „funktionelle Einheit“ von Handelseinrichtungen.

Dialog regional

Kleinregionale Entwicklungskonzepte: 20
Neue Förderrichtlinien als strategische Basis.

Miteinander. 22
Der Kleinregionentag 2009 im Zeichen der sozialen Vernetzung.

Zusammenfassung

English Summary 23
Der eilige Leser 24

Lebensraum Stadtregion: Wo Stadt und Umland zu- sammenarbeiten.

Abgestimmte Planung und Kooperation sind erwiesenermaßen zwei zielführende Grundsätze bei allem, was innerhalb einer Gemeinschaft passiert. Raumplanung macht da keine Ausnahme. Und auch Nachhaltigkeit ist mittlerweile in fast allen Disziplinen zum Grundsatz geworden, denn wir sollten vorhandene Ressourcen genau einteilen, damit uns nicht irgendwann Defizite das Leben erschweren.

In der Raumplanung heißt nachhaltig wirkende Arbeit vor allem Kooperation – nicht nur zwischen Gemeinden in Kleinregionen, sondern darüber hinaus auch zwischen definierten Lebensräumen wie Stadt und Land.

Städte gelten im Allgemeinen als aktive Wirtschafts- und Lebensräume, geprägt von Zuwachs – sei es an Bevölkerung oder Wirtschaft. Das bedeutet sehr oft Ausdünnung des ländlichen Raums und enormes Wachstum, ja manchmal auch Überlastung, wie etwa im Verkehr, in den Städten. Aber von Zeit zu Zeit kehren sich die Verhältnisse um, die Beweggründe der Menschen, sich gerade an dem ausgewählten Ort niederzulassen, ändern sich. Das geschieht meist dann, wenn die Stadt zu teuer oder erkannt wird, dass die Lebensqualität im ländlichen Raum vor allem im sozialen oder Umweltbereich den eigenen Bedürfnissen mehr entspricht, als in der Stadt.

Um ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Lebensräumen zu erhalten, ist also breite Kooperation im Stadt-Umland gefragt. In Niederösterreich zeigt sich dies vor allem in der Ostregion mit dem Ballungsraum Wien, dessen Entwicklung in einem breiten Radius in die Umlandgemeinden wirkt. Der Planungsgemeinschaft Ost kommt vor diesem Hintergrund eine tragende Rolle zu, um Veränderungen innerhalb der Stadtregion Wien abzustimmen und damit die aktuellen Entwicklungen bzw. Interessen der Stadt Wien mit jenen der Umlandgemeinden in Einklang zu bringen.

Denn auch – oder vor allem – in der Stadtregion muss die Devise lauten: nicht aneinander vorbei, sondern miteinander die gemeinsame Zukunft nachhaltig und erfolgreich gestalten!

Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Stadtregionen: Agglomerationsräume als Herausforderung für die Raumplanung.

In der österreichischen Bundesverfassung ist die örtliche Raumordnung seit jeher als Aufgabe im eigenen Wirkungsbereich der autonomen Gemeinde zugeordnet. Diese Festlegung stammt aus einer Zeit, da tatsächlich noch die einzelne Gemeinde den exklusiven Lebensmittelpunkt ihrer Bevölkerung gebildet hat. Heute hat sich diese Bedeutung jedoch gewandelt. Im täglichen Leben einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit spielen Gemeindegrenzen keine besondere Rolle mehr. Der tägliche Aktionsraum wird kaum mehr durch eine Ortschaft oder eine Gemeinde gebildet, sondern durch zumindest eine Region.

Auf diese Entwicklung hat Niederösterreich schon vor mehreren Jahrzehnten reagiert, als Instrumente zur kleinregionalen Zusammenarbeit etabliert wurden. Die Kleinregionalen Entwicklungskonzepte haben sich in der Folge als wichtige Planungsstufe für ländliche Regionen erwiesen, wo die Kräfte für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region gebündelt werden sollten, um ebendiese zu stimulieren und zu fördern.

Völlig unterschiedlich stellt sich jedoch die Ausgangssituation in den Agglomerationsräumen dar: sie sind die wirtschaftlichen Motoren eines Landes, es gibt eine rege Bautätigkeit, und das Verkehrsgeschehen steigt von einem hohen Niveau noch weiter an. Die Problemlagen und der Steuerungsbedarf in Ballungsräumen unterscheiden sich somit sehr stark von den oben genannten ländlichen Regionen. Das Land Niederösterreich hat mit dem Wiener Umland Anteil am bedeutendsten und weitaus größten Agglomerationsraum Österreichs.

Gerade in diesen dynamischen Räumen reicht es aber nicht aus, den ohnehin vorhandenen Entwicklungen von Seiten des Landes bloß einen ordnungspolitischen Rahmen in Gestalt von Einschränkungen und Grenzen zu setzen. Die vorhandenen Entwicklungen müssen frühzeitig gelenkt und abgestimmt werden. Auch hier ist das Steuerungspotential der Gemeinden zu nutzen und sind geeignete Formen der Kooperation zu entwickeln.

Johann Heuras / Landesrat für Bildung, Jugend und Raumordnung



Wachstum und Dynamik –

Strategien zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien.

Niederösterreich zeichnet sich durch seine vielfältigen Regionen aus. Diese Räume – vom ländlichen bis zum urban geprägten Typ – benötigen aus raumwissenschaftlicher Sicht auch differenzierte Strategien und Planungsansätze. Mit dem Projekt „Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion“ (SRO) der Planungsgemeinschaft Ost wird diesem Aspekt in der Stadtregion Wien Rechnung getragen.

„Wien, Wien, nur du allein“ reicht nicht mehr aus, um die komplexen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.



Die Planungsgemeinschaft Ost ist als gemeinsame Organisation der Länderverwaltungen Burgenland, Niederösterreich und Wien mit der Bearbeitung länderübergreifender Fragestellungen der Raumordnung betraut. Aufgrund der aktuellen Bevölkerungsprognose für die Stadtregion Wien haben die drei Länder die Studie „Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion“ in Auftrag gegeben, die vergangene und künftige Entwicklungen in der SRO-Region (vgl. Karte A, Seite 6) untersucht und Handlungsempfehlungen für deren Steuerung trifft.

Derzeit leben rund 2,6 Mio. Menschen in der Stadtregion Wien, davon etwa 900 000 im Umland. Laut Bevölkerungsprognose wird sich diese Zahl bis 2031 um rund 400 000 Personen erhöhen, wobei etwa ein Drittel des Wachstums auf die burgenländischen und niederösterreichischen Gemeinden im Wiener Umland entfallen wird. Die Frage nach der Verteilung der hinzukommenden Bevölkerung und den räumlichen Auswirkungen dieses Zuwachses ist Gegenstand des genannten Projekts.



**Für viele junge Familien
ist die Lebensqualität im ländlichen
Raum ein entscheidender Faktor bei der
Wahl ihrer Heimatgemeinde.**

Von der Analyse zum Atlas. Im ersten Bearbeitungsteil wurden der Ist-Zustand und die bisherigen Entwicklungen sowie funktionelle und strukturelle Veränderungen in der SRO-Region untersucht und im „Atlas der wachsenden Stadtregion“ festgehalten. Zum einen werden die Themenbereiche Bevölkerung, Wanderung, Siedlung, Verkehr sowie Erwerbsstruktur und Versorgung beschrieben, zum anderen wird in Form von ausge-

Stadtumland überwiegt die Zuwanderung aus Wien sowie aus anderen Teilen Österreichs. Der Wunsch nach Wohnen im Grünen, intakter Umwelt und kostengünstigeren Wohnmöglichkeiten sind oft ausschlaggebend für das Ansiedeln in unserem attraktiven Bundesland.



Einflussfaktoren bei der Wohnstandortwahl.

Biographische Einschnitte, wie Familiengründung bzw. -vergrößerung, Ausbildung oder Berufseinstieg, machen auch das Überdenken des Wohnstandorts wahrscheinlicher. Aber welche Motive sind dafür ausschlaggebend, dass sich die wandernden Personen in einer bestimmten Gemeinde ansiedeln? Oder anders gefragt: Was zeichnet die Attraktivität eines Wohnstandorts aus? Aufgrund der statistischen Analyse von gemeindebezogenen Daten wurden im Projekt vier grundsätzliche Einflussfaktoren der Standortwahl abgeleitet:

- Angebote und Preise für Wohnungen bzw. Bauland
- Akzeptable Erreichbarkeitsverhältnisse
- Infrastrukturausstattung der Wohnumgebung
- Image

Diese Faktoren werden auch in der weiteren Bearbeitung, insbesondere bei der Szenarienbildung des künftigen Wachstums, zu berücksichtigen sein.

Von der Perspektive zur Strategie.

Ein wesentliches Ergebnis zeichnet sich bereits deutlich ab: die SRO-Region besitzt großes Potential und eine hohe Attraktivität! Das Stadtumland ist infrastrukturell gut versorgt, verkehrsmäßig gut erschlossen und landschaftlich abwechslungsreich. Die räumliche Nähe zur Bundeshauptstadt bringt zusätzliche Vorteile mit sich. Dieses Bild spiegeln auch die aktuellen Bevölkerungsprognosen wider.

Das laufende Projekt der Planungsgemeinschaft Ost zeigt auch, dass die SRO-Region gute Voraussetzungen hat, das Wachstum erfolgreich zu bewältigen. Die Reserven von unbe-

wählten Gemeindeportraits dargestellt, wie unterschiedlich Siedlungsstruktur und Ausgangslage der Gemeinden im Untersuchungsraum ausgeprägt sind.

Motor des Wachstums. Ausschlaggebend für das Wachstum der SRO-Region sind die internationale Zuwanderung und die Zuwanderung aus dem restlichen Österreich, die das Geburtendefizit ausgleichen, wobei zwischen Kernstadt und Umland unterschiedliche Gewichtungen auftreten. Im niederösterreichischen

Thema Stadtregionen

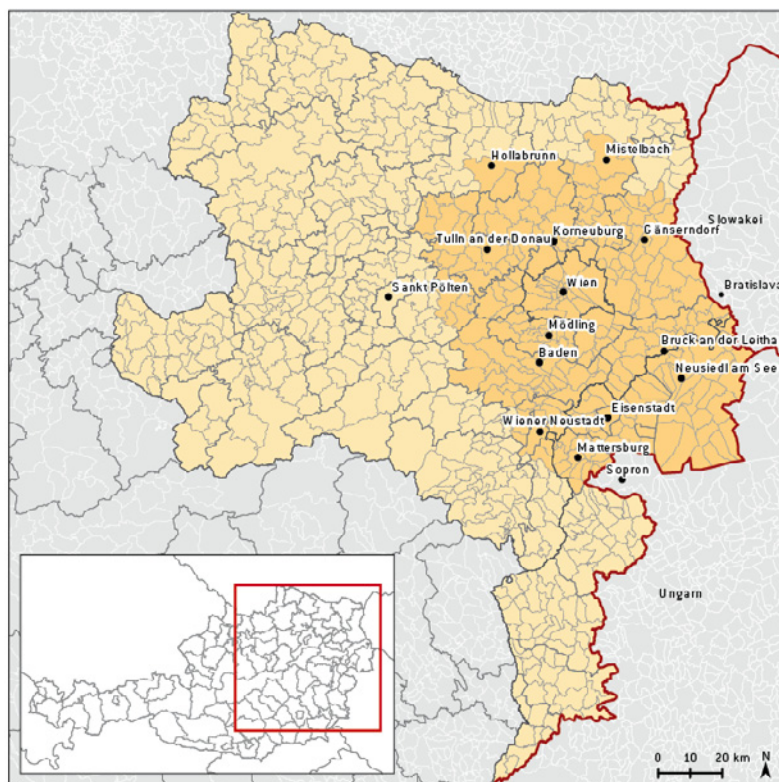


bautem, gewidmetem Bauland sind ausreichend, um den prognostizierten Zuwachs aufzunehmen, wobei zum Teil eine Mobilisierung dieser Reserven durch geeignete Maßnahmen notwendig sein wird.

Ob eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung mit den Raumordnungszielen der Länder und Gemeinden im Einklang steht, wird ebenfalls Teil der Untersuchung sein. Die Frage, wo und wie sich die zusätzliche Bevölkerung im Raum verteilen soll, ist dabei von besonderer Bedeutung. Dabei werden im Planungsprozess Nachhaltigkeitsziele – etwa Entwicklung bzw. Erhaltung eines leistungsfähigen Versorgungs- sowie Verkehrs-

systems oder sparsamer Umgang mit Flächen und Energie – nicht vernachlässigt. Über die Szenarien einer künftigen Entwicklung (etwa Fortschreibung des Status-quo oder strukturierte Stadtregion) werden politische Handlungsempfehlungen und Steuerungsmöglichkeiten abgeleitet, um die SR0-Region als attraktiven und lebenswerten Raum für die BewohnerInnen zu sichern.

Der „Atlas der wachsenden Stadtregion“ wurde erstmals am 30. November 2009 bei der Stadt-Umland-Konferenz vorgestellt und wird demnächst publiziert.



Karte A:
Übersicht Untersuchungsraum des
Projekts „Strategien zur räumlichen
Entwicklung der Ostregion (SR0)“

Legende

- Staatsgrenze
- Bundesland
- PGO-Region
- Untersuchungsgebiet SR0
- Bezirke
- Gemeinden

Bearbeitung: ISR / ÖAW

Stadtregionen in Österreich:

Räumliche Entwicklungen und Steuerungsmöglichkeiten.

Der gegenwärtige intensive soziale und ökonomische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Siedlungsstrukturen innerhalb, aber auch zwischen Nationalstaaten, Regionen sowie Städten. Dieser Wandel stellt neue Anforderungen an die Steuerungssysteme auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene.



Insbesondere in der Stadt- und Regionalplanung schlägt sich der Wandel in einem sich langsam verändernden Planungsverständnis sowie in der Umsetzung von neuen, flexiblen Formen der Steuerung von räumlichen Entwicklungen nieder. Städte und Regionen werden als Steuerungsebenen aufgewertet, da ihnen große Innovationsfähigkeit in der Lösung von Steuerungsproblemen beigemessen wird. Vor allem Agglomerationen oder Stadtregionen sind Hoffnungsträger einer neueren Raumentwicklungspolitik in vielen europäischen Ländern.

Verflechtung zwischen Stadt und Umland. Über den Begriff „Stadtregionen“ wird im Grunde versucht, die sich ausdifferenzierenden und zunehmenden funktionellen Verflechtungen zwischen – grob gesprochen – Kernstädten und deren Umlandbereichen zu erfassen. „Verstädterung“ von Umlandgebieten, „Suburbanisierung“ sowie die Entstehung von Zentren um ein städtisches Kerngebiet („Polyzentralität“) sind weitere Schlagwörter, die in der Stadt- und Regionalforschung verwendet werden, um diese komplexen Verflechtungsprozesse und die sich daraus ergebenden räumlichen Strukturen zu beschreiben. Aus stadt- und regionalplanerischer bzw. aus steue-

rungspraktischer Sicht sind folgende allgemeine Kennzeichen der Entwicklungen in Stadtregionen bedeutsam:

- teilräumlich differenzierte Wanderungs- und Geburtenbilanzen sowie demographischer Wandel
- Zunahme an sozial-räumlicher Polarisierung in Stadtregionen („Armuts- und Wohlstandsquartiere“)
- ungleiche fiskalische Entwicklung zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden
- ungleiche wirtschaftliche Entwicklung (Betriebsansiedlung) zwischen Kernstadt- und Umlandgemeinden sowie den Umlandgemeinden untereinander
- starke Zersiedelung sowie hohe Umweltbelastungen
- unausgewogene Ausstattung mit öffentlicher Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Stadtregion (Zentrum-Peripherie-Gefälle)

Die Frage nach der zielgerichteten Steuerung dieser räumlichen Entwicklungen in Stadtregionen scheint noch ungeklärt, vor allem hinsichtlich des Problems wie gleichzeitig Ziele der sozialen Kohäsion, der Verbesserung der Lebensqualität, des umweltschonenden Ressourcenverbrauchs sowie der stadtregionalen Wettbewerbsfähigkeit in Einklang gebracht werden können.



Stadtregionen in Österreich. Das von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) in Auftrag gegebene Projekt „Räumliche Entwicklungen in österreichischen Stadtregionen: Handlungsbedarf und Steuerungsmöglichkeiten“¹ setzte an dieser Frage an und widmete sich den Kennzeichen der räumlichen Entwicklung in österreichischen Stadtregionen. Aus der Analyse der räumlichen Entwicklungen in ausgewählten Stadtregionen² wurden grundsätzliche Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des steuerungspolitischen Instrumentariums – vor allem innerhalb der Raumplanung – erarbeitet. So wurden 38 Österreichische Stadtregionen (siehe Abbildung 1) nach Homogenitäts- und Funktionskriterien definiert und setzen sich demnach aus einem Agglomerationsraum, einem Kernsiedlungsgebiet, einem Ergänzungsgebiet und einer Außenzone zusammen.

Auf Grundlage der Merkmale

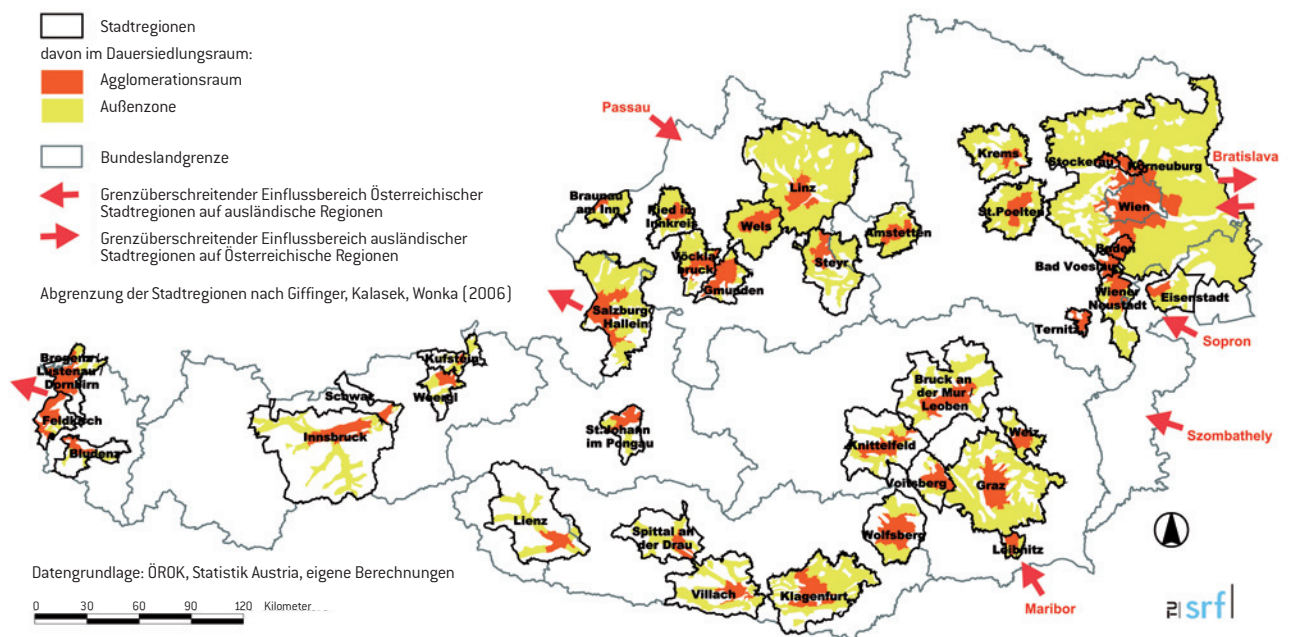
- **Größe der Stadtregion**
- **Wirtschaftsstruktur**
- **Einbettung in das Siedlungssystem**

wurden Stadtregionstypen gebildet (z.B. Klein- und Mittelstadtregion mit hohem Anteil urbaner Dienstleistungen).

Raumtyp „Stadtregion“. Stadtregionen nehmen als eigenständiger Raumtyp in der Raumentwicklung in Österreich einen besonderen Stellenwert ein. 69% der Bevölkerung lebten 2001 in den Stadtregionen, 54% im Agglomerationsraum. Zudem konzentrierten sich im selben Jahr die wirtschaftlichen Aktivitäten vor allem in diesen dynamischen Räumen (77% aller Beschäftigten/Arbeitsplätze). Grundsätzlich sind die Entwicklungen in den Stadtregionen durch folgende Merkmale gekennzeichnet (beispielhaft dargestellt in Stockerau/Korneuburg/Wien 21):

1) Durchgeführt zwischen Juni 2007 bis Dezember 2008 vom Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung der TU Wien. Publikation: ÖROK (Hrsg.) 2009: Räumliche Entwicklungen in österreichischen Stadtregionen: Handlungsbedarf und Steuerungsmöglichkeiten. Schriftenreihe Nr. 179. Wien.
2) Die ausgewählten Stadtregionen waren: St. Johann im Pongau, Stockerau/Korneuburg/Wien 21, Graz.

Abbildung 1: Stadtregionen in Österreich





- **demographische Entwicklung:** Bevölkerungszunahme zwischen 1991 und 2001 mit einer Konzentration des Wachstums auf die Außenzonen sowie einer Zunahme der Überalterung im Agglomerationsraum und – immer stärker – auch in der Außenzone (siehe Abbildung 2)

- **wirtschaftliche Entwicklung:** im Vergleich zum ländlichen Raum geringeres Beschäftigungswachstum zwischen 1991 und 2001; In einigen Stadtregionen (z.B. Großstadtregionen mit hohem Anteil urbaner Dienstleistungen) konzentrierte sich das Wachstum auf die Außenzone, wobei grundsätzlich in den Stadtumlandbereichen eine Zunahme der Beschäftigten in den urbanen Dienstleistungen festzustellen war. (siehe Abbildung 3)

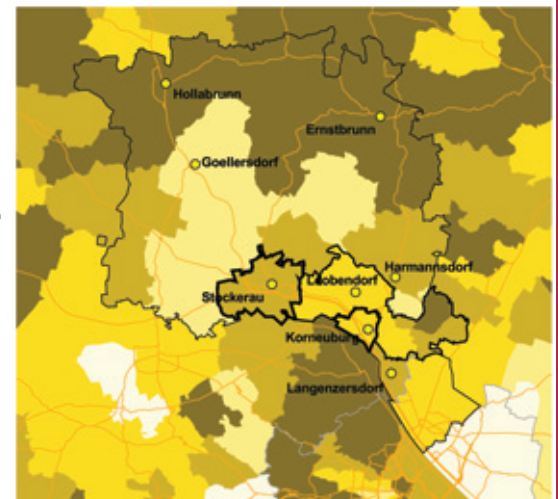
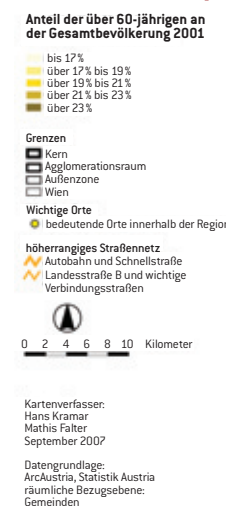
- **Entwicklung der Verkehrsströme:** zwischen 1991 und 2001 ist die Zahl der AuspendlerInnen in Stadtregionen stark gestiegen. Bemerkenswert ist, dass auch zunehmend aus den Kerngebieten in das Umland Pendelverflechtungen entstehen. Dies hängt mit dem Bedeutungsgewinn des Umlandes in Bezug auf Arbeitsplätze zusammen.

Steuerungsmöglichkeiten. Insgesamt betrachtet ergibt sich aus diesen Entwicklungen ein enormer steuerungsbezogener Handlungsbedarf, vor allem, wenn die Ziele einer nachhaltigen, das heißt ressourcensparenden und umweltschonenden Raumentwicklung verfolgt werden sollen. Die entsprechenden Handlungsempfehlungen richten sich vor allem an die AkteureInnen der politisch-administrativen Systeme auf Bundes-, Landes-, Regions- und Städte/Gemeindeebene. Neben der gezielten Verbesserung des direkten, vor allem hoheitlichen Steuerungsinstrumentariums der Raumplanung und anderer Sektorpolitiken wird in der raumplanungsbezogenen wissenschaftlichen Debatte seit geraumer Zeit auf die Wirksamkeit kooperativer und kommunikativer Steuerungsinstrumente verwiesen. Unter dem Begriff „stadtregionale Governance“ werden Netzwerke und Kooperationen in Stadtregionen verstanden, die ganz wesentlich zur Lösung von stadtregionalen Problemlagen beitragen können.

Hausaufgabe. Welchen Beitrag stadtregionale Kooperationen zur Steuerung bestimmter Entwicklungen in den Stadtregionen leisten, welche Form stadtregionaler Kooperation für welchen Stadtregionstyp geeignet ist und welche Wirkung diese Kooperationen entfachen, ist allerdings noch ungeklärt. Hier bedarf

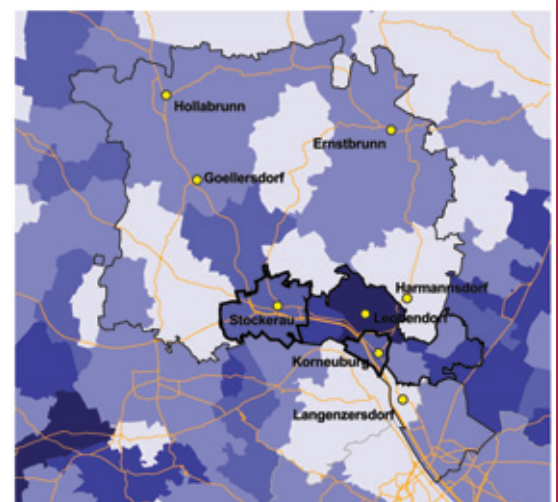
es noch weiterer wissenschaftlicher Analysen sowie der konkreten, weiteren Implementierung stadtregionaler Kooperationsformen. Zudem muss die Frage geklärt werden, wie der Unterschiedlichkeit von Raumtypen in übergeordneten Raumentwicklungsstrategien stärker Rechnung getragen werden kann und wie deren spezifische Funktionen gefördert werden können.

Abbildung 2: Anteil der über 60jährigen 2001



Quelle: ÖROK 2009: 84

Abbildung 3: Anteil der Industriebeschäftigten 2001



Quelle: ÖROK 2009: 84

Städte und Agglomerationen:

*Ein politisches Schwerpunktthema der Zukunft.**

Die Agglomerationspolitik in der Schweiz ist die Antwort des Bundes auf die komplexen Herausforderungen der urbanen Räume. Sie setzt sowohl auf der Ebene der Agglomerationen, als auch direkt bei den einzelnen Quartieren an. Dabei sollen alle relevanten Politikbereiche und die verschiedenen Staatsebenen im Sinn einer Multi-Level-Governance zusammengeführt werden.



Wer als RadfahrerIn, SpaziergängerIn oder AutofahrerIn mit offenen Sinnen die Quartiere einer Stadt oder die Agglomerationsgemeinden wahrnimmt, wird zugleich Schönheiten, Brüche, Unvollkommenheiten, Dichte, Weite, Lärm, Ruhe, Einsamkeit und Hektik erleben. Dabei wird man manchmal unsicher sein, ob man sich noch in der Stadt, in der Agglomeration oder schon „draußen auf dem Land“ befindet. Denn die Übergänge zwischen Stadt und Land sind fließend geworden. Mit den Agglomerationen sind hochkomplexe, faszinierende und dynamische Gebilde herangewachsen. Ihre Steuerung ist nicht nur in Megacities wie Mumbai oder Mexiko-Stadt schwierig. Auch in den verhältnismässig übersichtlichen schweizerischen Verhältnissen ist die Steuerung der Agglomerationen zu einer großen Herausforderung geworden. Dies macht es nötig, über herkömmliche fachliche und institutionelle Grenzen hinaus zu denken und neue Kooperationen zu wagen.

Dreifache Führung. In der Agglomerationspolitik gehen Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden diese Aufgabe deshalb gemeinsam an. Seit 2001 legen sie die Schwerpunkte und Stoßrichtungen im Rahmen der „Tripartiten Agglomerationskonferenz“ gemeinsam fest und koordinieren die entsprechenden Aktivitäten. Dabei zeigt sich, dass die Handlungsansätze so breit gefächert sind wie die Herausforderungen. Die föderalistische Vielfalt lässt in jedem Kanton, jeder Stadt und jeder Agglomeration andere Ansätze und Ideen zu. Der Bund übernimmt in diesem Laboratorium die Aufgabe, Impulse und Anreize zu geben, indem er die AkteurInnen und den Erfahrungsaustausch schweizweit vernetzt.

Als wichtiges Instrument erweisen sich dabei Modellvorhaben: Der Bund unterstützt innovative Projekte in den Agglomerationen, wobei die Initiative von den lokalen oder regionalen AkteurInnen ausgehen muss. Zu Beginn stand dabei die Entwicklung neuer Governanceformen im Vordergrund. In letzter Zeit kamen weitere The-

*] Bearbeitet und gekürzt, der gesamte Artikel sowie weiterführende Informationen sind unter Dokumentationen – Publikationen auf der Homepage www.are.admin.ch zu finden.



men hinzu, etwa die Kooperation von Stadt und Land oder die grenzüberschreitende Entwicklung von Agglomerationsparks.

Bund wirkt – in Agglomeration und Quartier. Zu Beginn legte der Bund den Akzent seines Engagements auf die regionale Ebene – dies in der Überzeugung, dass übergreifende Herausforderungen in den Agglomerationen nur dann wirkungsvoll angegangen werden könnten, wenn alle betroffenen Gemeinden und Kantone kooperieren. Die vertiefte Auseinandersetzung mit den städtischen Herausforderungen zeigte indes schon bald, dass auch die Quartierebene integraler Bestandteil der Agglomerationspolitik sein muss, denn in den Quartieren spielt sich das alltägliche Leben ab. Zudem stehen Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität einer Stadt auf dem Spiel, wenn einzelne oder mehrere Quartiere in eine Abwärtsspirale geraten. Ein gutes Image dagegen strahlt auf die ganze Region aus. Schon vor einigen Jahren begann der Bund deshalb, das Wissen zu diesem Thema gesamtschweizerisch zu erfassen und aufzubauen und nutzte dazu auch den Erfahrungsaustausch mit erfahrenen PraktikerInnen.

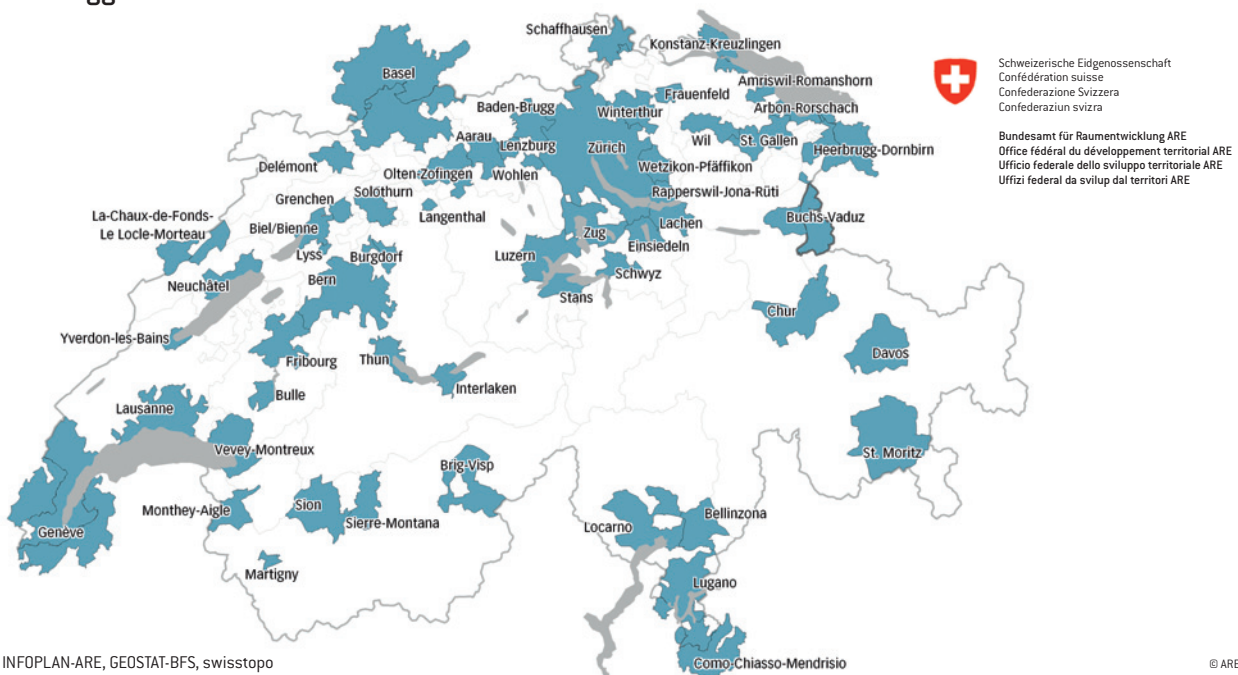
Neuer Standard: Multi-Level-Governance. Die Steuerung der Entwicklung sowohl auf Agglomerationsstufe, als auch auf der Ebene des Quartiers erfordert neue Formen der Governance. Insbesondere müssen institutionelle und fachliche Grenzen überwunden werden. Auf Agglomerationsstufe geht es etwa darum, schrittweise Kooperationsstrukturen aufzubauen, die effizient sind und gleichzeitig eine demokratische Mitwirkung der Bevölkerung gewährleisten.

Auf Quartierebene wiederum müssen einerseits traditionell getrennte Politikbereiche wie Städtebau, Verkehr, Stadtgrün, Sicherheit, Integrationspolitik, Schule und Sport miteinander verknüpft werden. Andererseits gilt es, öffentliche und private AkteurInnen – beispielsweise ImmobilienbesitzerInnen oder Bauherren – an einen Tisch zu bringen. Auf Agglomerations- wie auch auf Quartierebene tangieren die neuen Prozesse in der Regel die Kompetenzen aller drei Staatsebenen. Diese „Multi-Level-Governance“ stellt alle Beteiligten vor neue Herausforderungen und setzt die Bereitschaft voraus, sich auf Experimente einzulassen.

Impulsgeber Evaluierung. Die Agglomerationspolitik wird auch in Zukunft auf neue Entwicklungen antworten und Impulse setzen müssen, ohne das bisher Erreichte in Frage zu stellen. Gelegenheit zu einer umfassenden Standortbestimmung wird die Evaluation der Agglomerationspolitik des Bundes bieten, die für 2010 vorgesehen ist. Wichtige Schwerpunkte dabei werden der Stellenwert der schweizerischen Agglomerationen gegenüber ausländischen Metropolitanräumen, das breite Spektrum an Planungssektoren oder der Umgang mit Kontrasten, Konflikten bzw. Abhängigkeiten sein.

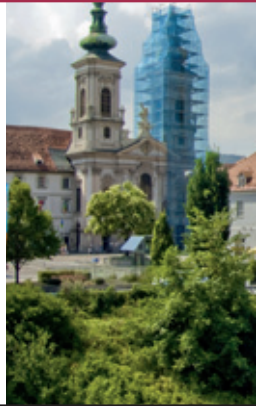
Städte und Agglomerationen werden in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen. Die urbane Thematik muss deshalb weiter an politischer Akzeptanz gewinnen – ohne dass dabei auf eine gleichzeitige Stärkung der ländlichen Räume verzichtet würde. Diese ganzheitliche Raumentwicklung ist nur denkbar, wenn die Politik für beide Räume maßgeschneiderte Ansätze entwickelt und dabei deren enge Verflechtung im Auge behält.

Schweizer Agglomerationen und Einzelstädte



Stadtregion Graz & Graz-Umgebung:

Eigenes Regionalmanagement für gezielte Entwicklung.



Vor genau zehn Jahren, im Herbst 1999, wurde das Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung gegründet. Aufgabe dieser Einrichtung war bzw. ist es, ein eigenes politisches Entscheidungsgremium für die Region zu etablieren sowie die bereits existierenden Konflikte im Stadt-Umland-Bereich zu lösen, aber auch Kooperationen und Netzwerke in den Regionen aufzubauen und so zahlreiche Fördertöpfe – auch auf europäischer Ebene – für gemeinsame Projekte zu erschließen.



Nach Erstellung eines regionalen Entwicklungsleitbildes und der Schaffung einer Umsetzungsstruktur (Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung) wurde die operative Arbeit im Jahr 2000 in Angriff genommen. Das Regionalmanagement sollte „DIE Ansprechstelle für integrierte nachhaltige Regionalentwicklung“ in der Region Graz & Graz-Umgebung werden.

Basisinstrument Gemeindekooperation. Im Interesse einer integrierten, nachhaltigen Regionalentwicklung für die Umsetzung regionaler Strategien wurden im Sinne der regionalpolitischen Zielsetzungen des Landes Steiermark zahlreiche Gemeindekooperationsprojekte mit unterschiedlichsten sektoralen Schwerpunkten entwickelt. Während im Süden von Graz in den geschaffenen Gemeindekooperationen „GU8“ und „GU-Süd“ vor allem die gemeinschaftliche Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung der Gemeinden mit der Stadt Graz im Vordergrund stand, hatten die Regionalkooperationen im Norden und Osten von Graz eher den Ausbau von Tourismus und Naherholung zum Ziel. Alle Kooperationen konnten im Laufe der Jahre mit längerfristigen Förderungsprogrammen (Leader+, Urban+, Landesförderungsprogramme) ausgestattet werden, was die Unterstützung von eigenständigen regionalen Entwicklungsprozessen erleichtert hat.

Themen, Projekte, Erfolge. Große, für Stadt und Umland relevante Projekte wurden in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen Verkehr, Standortentwicklung und Naherholung, aber auch in der Daseins- und betrieblichen Gesundheitsvorsorge umgesetzt. Das regionale Verkehrskonzept für die Stadtregion Graz etwa konnte richtungsweisend für die zukünftigen Planungen neben einem Maßnahmenbereich für Individual- und öffentlichen Verkehr auch die raumplanerischen Notwendigkeiten für den Verkehr implementieren. Dadurch sollen beispielsweise Flächenbevorratungen oder Siedlungsentwicklungen im Einklang mit der Verkehrsplanung erfolgen.



Im Bereich der Standortentwicklung gestaltete sich der Aufbau erfolgreicher Projekte etwas schwieriger. Die Realisierung einer regionalen Standortdatenbank für Industrie- und Gewerbe gründe konnte zwar erfolgreich abgeschlossen werden, das Interesse „ansiedlungswilliger“ Unternehmen, sich über diese Datenbank zu informieren, hielt sich allerdings in Grenzen. Auch Modelle für einen interkommunalen Finanzausgleich bei Betriebsansiedlungen wurden von zwei Gemeindekooperationen ausgearbeitet. Die tatsächliche Bereitschaft, getätigte Ansiedlungen in einen gemeinsamen Steuertopf münden zu lassen, war dann aber leider nicht gegeben.

Die Liste der Projekte ließe sich noch lange fortführen. Faktum ist, dass der Region Graz & Graz-Umgebung durch ihre Kooperationsbereitschaft und die Installation des Regionalmanagements in den letzten neun Jahren Projekte mit einem Gesamtvolumen von 34,8 Millionen Euro zugute gekommen sind.

Stadtregion und Strukturreform. Eine der größten Herausforderungen für das Regionalmanagement wird die im Jahre 2009 als Landesgesetz verabschiedete Strukturreform der Regionen sein. Die als „Regionext“ betitelten Maßnahmen sollen die Vielzahl kleiner Gemeinden zur Zusammenarbeit in Kleinregionen motivieren und verbindliche Strukturen für die sogenannten Großregionen schaffen. Die Region Graz & Graz-Umgebung wird sich demgemäß ab dem Jahr 2010 als Großregion „Steirischer Zentralraum“ neu aufstellen und neben der Erstellung eines regionalen Entwicklungsleitbildes auch zahlreiche andere Aufgaben für den gesamten Zentralraum übernehmen.

Die bisherigen erfolgreichen Entwicklungen in der Stadtregion werden eine wichtige Grundlage für eine positive und prosperierende Stadt-Umlandentwicklung im Zentralraum der Steiermark sein.



Quelle: Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung

Die bunte Themenpalette der Raumordnung:

Ortsplanung Miteinander 2009.

Auch 2009 hat die jährlich stattfindende Fachtagung „Ortsplanung Miteinander“ eine Vielzahl an interessanten Beiträgen geboten, die einen breiten Bogen von Themen der überörtlichen Raumordnung bis zu künftigen Wohn- und Siedlungsformen spannten.



Von den zukünftigen Lebensräumen der Menschen ...

Methoden in der Landesplanung – Standortkriterium Erreichbarkeit. Simon Ortner (Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Sachgebiet Landesentwicklungsplanung) präsentierte Vorteile und Anwendungsmöglichkeiten von „ERRAM – Erreichbarkeitsbasiertes Raster-Raumanalyse Modell“. Die Software ERRAM ermöglicht die Erzeugung, Verwaltung und Weiterverarbeitung erreichbarkeitsbezogener Rasterdaten, die unabhängig von Verwaltungsgrenzen sind. Es wurden Beispiele vorgestellt, durch die ein wesentlicher Beitrag zur raumordnungsfachlichen Bewertung von Standorten geleistet werden kann.

Wildkorridore – Umsetzungsmöglichkeiten in der Raumordnung.

Fredy Frey-Roos (Universität für Bodenkultur, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft) referierte über die Aufgaben von Wildkorridoren in einem vom menschlichen Wirken stark beeinflussten Umfeld. Autobahnen oder Betriebsgebiete beispielsweise stellen eine Barriere dar und schränken die Wildtiere in ihrem Bewegungsraum ein. Zur Erhaltung vitaler Populationen – dies betrifft nicht nur große Wildtiere, sondern auch jedes Kleinstlebewesen – ist es erforderlich, den Tieren das Wandern zu ermöglichen und dies auch planerisch abzusichern. In Niederösterreich läuft derzeit das Projekt „Alpen-Karpaten-Korridor“ an, das die Ausweisung eines überregionalen Korridors und dessen Einbindung in wertvolle Naturräume zum Ziel hat. Horst Leitner (Wildökologe der Kärntner Jägerschaft) stellte mit dem Projekt „Freiraumkonzept für Kärnten“ eine Planung vor, durch die geplante und bereits getätigte Investitionen auf dem Gebiet der Lebensraumvernetzung auch künftig abgesichert werden sollen.

Demographischer Wandel und Mobilisierung des Wohnstandorts.

Andrea Dittrich-Wesbuer (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH) betrachtete die Bevölkerungsentwicklung mit ihren Teilprozessen und den Auswirkungen auf das Wohnungsangebot sowie die Wohnungsnachfrage. Der klassische Lebensverlauf Kind – Jugend/Ausbildung – Familienzeit/Arbeit – Alter wird in den einzelnen Ab-



... bis zu jenen der Wildtiere
spannte sich der Themenbogen.

schnitten zunehmend individueller gestaltet. Dementsprechend öfter ändern sich auch die Anforderungen an das Wohnumfeld und den Wohnstandort. Aufgrund dieser geänderten Nachfragestrukturen könnten die Einfamilienhausgebiete am Ortsrand zu den „Problemkindern“ der Zukunft werden. Es ist dringend erforderlich, die Notwendigkeit von Neubauvorhaben in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht kritisch zu hinterfragen. Der Blick sollte verstärkt auf den Wohnungsbestand gelenkt werden, um zu vermeiden, dass die Effizienzverluste der öffentlichen Infrastruktur zu einer „Kostenfalle“ für die Gemeinden werden.

Wie könnten Siedlungen in Zukunft aussehen?

Rainer Maierhofer (Technische Universität Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Örtliche Raumordnung) stellte mit Zersiedelung, Aushöhlung der Stadtzentren und Verödung der Ortskerne ein düsteres Zukunftsszenario dar. Allerdings wurden Lösungsansätze aufgezeigt, wie eine Trendwende herbeigeführt werden könnte. So sind etwa nachhaltige Bebauungs- und Wohnformen wie verdichtete Einfamilienhausformen oder das Mehrfamilienwohnhaus für alle Siedlungsgrößen anwendbar. Auch der Baubestand in den Ortskernen könnte zunehmend revitalisiert und durch Nachverdichtung effizienter genutzt werden. Anhand der Vision Bad Ischl wurde gezeigt, wie innovative Lösungen zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung führen könnten.

Die Vorträge zum Thema „Kleinregionen in Niederösterreich: Mehr als nur ein Förderinstrument?!“ und über den „Niederösterreichischen Wasserentwicklungsplan“ werden in eigenen Artikeln behandelt. Zum Vortrag „Energieausweis für Siedlungen – Beispiele und Tipps für die Umsetzung“ wurde bereits in den



Ausgaben 2/09 und 3/09 berichtet. Die entsprechenden Artikel sind bei Bedarf über die Redaktion erhältlich, wie auch ein ausführlicher Bericht zum Erreichbarkeitsmodell ERRAM.

Unterlagen zu sämtlichen Vorträgen können auf unserer Website www.raumordnung-noe.at im Menü Gemeinde–Örtliche Raumordnung/Ortsplanung miteinander nachgelesen werden.

Wasser nach Plan:

NÖ Wassergemeinden schützen, was kostbar ist.

Die Aktion „NÖ Wassergemeinden – aus gutem Grund für unser Wasser“ stellt den Wert des Wassers in den Mittelpunkt. Mitmachen ist angesagt!



Wasser ist unersetzlich
„Wir werden den Wert des Wassers erst dann verstehen,
wenn der Brunnen schon trocken ist“.
(Benjamin Franklin)

Die Aktion „NÖ Wassergemeinden“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Landes Niederösterreich mit dem Umweltdachverband und „die umweltberatung“. Gemeinden, die eine NÖ Wassergemeinde werden wollen, erstellen einen so genannten Wasserentwicklungsplan, in dem sie sich mit allen Wasserthemen, die in der Gemeinde wichtig sind, auseinander setzen und dabei die Bevölkerung aktiv mit einbeziehen.

Kommunaler Wasserentwicklungsplan. Seit 2009 gibt es einen Leitfaden des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbands für die Erstellung eines Kommunalen Wasserentwicklungsplans, nach dem eine Gemeinde mit Hilfe eines Planers einen solchen erstellen kann.

Grundfragen und Themenstellungen dabei sind:

- Wo steht die Gemeinde derzeit im Umgang mit ihrem Wasser?
- Welche Ziele hat die Gemeinde und welche Maßnahmen sind erforderlich, um diese Ziele zu erreichen?

Der Wasserentwicklungsplan orientiert sich an den Grundsätzen der NÖ Wassercharta. Der thematische Bogen spannt sich von der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung über den Grundwasser- und Fließgewässerschutz bis hin zum Schutz vor Hochwasser. Quer durch alle Themen zieht sich die Bewusstseinsbildung für den Wert des Wassers. Daher können auch nur solche Gemeinden „NÖ Wassergemeinde“ werden, die den Wasserentwicklungsplan nicht hinter verschlossenen Amtstüren erarbeiten, sondern die Bevölkerung aktiv einbinden. Vor allem bei der Bürgerbeteiligung werden die Gemeinden durch die BeraterInnen von „die umweltberatung“ unterstützt.

Die erfolgreiche Erstellung des Wasserentwicklungsplans ist die Voraussetzung, um in den Kreis der „NÖ Wassergemeinden“ aufgenommen zu werden. Seit März 2007 wurden 15 Gemeinden ausgezeichnet. Im Rahmen eines jährlichen Wettbewerbes aller NÖ Wassergemeinden werden die besten Maßnahmen prämiert.

Foto: Günter Schöb



Welchen Nutzen hat die Gemeinde? Im Rahmen der Aktion „NÖ Wassergemeinden“ haben die Gemeinden die Möglichkeit, ihre Wasserkunft selbst in die Hand zu nehmen und einen aktiven Beitrag in Richtung Wasserbewusstsein und Wasserschutz zu leisten. Dabei ist es gut zu wissen, welche Wasserthemen der Bevölkerung am Herzen liegen und wo zukünftige Probleme auftreten könnten, denn grundsätzlich ist die aktuelle Wassersituation in NÖ gut, aber Hochwässer oder regionale Wasserknappheit da und dort bereiten zeitweise Probleme. Durch entsprechende Maßnahmen kann die Grundwasserqualität erhalten und ein attraktiver Wasserlebensraum geschaffen werden, der wiederum wertvollen Erholungsraum für die Bevölkerung darstellt. Dazu ist auch ein sorgsamer Umgang mit dem wertvollen Gut Wasser nötig, und die Verantwortung beginnt beim einzelnen Individuum. Je mehr sich die BürgerInnen dessen bewusst sind und sorgsam mit dem Wasser umgehen, desto erfolgreicher wird die Gemeinde insgesamt sein. Über aktiv umgesetzte Bürgerbeteiligung trägt die Erstellung des Wasserentwicklungsplans auch zum Zusammenhalt in der Gemeinde bei.

Infos:

www.wassergemeinden.at

Leitfaden: www.oewav.at

Amt der NÖ Landesregierung

Abt. Wasserwirtschaft

DI Josef Simetzberger

Tel.: 02742/9005-14271

E-Mail: info@wassergemeinden.at

„die umweltberatung“

DI Anita Peintner

Tel: 02236/860664-511

E-Mail: anita.peintner@umweltberatung.at



Foto: Gemeinde Ardagger

„Wir machen in der Gemeinde Ardagger einen Wasserentwicklungsplan, weil Trinkwasservorsorge im Kopf beginnt und „die umweltberatung“ ein idealer Vermittler zwischen theoretischem Wissen und praktischer Anwendung ist.“

Johannes Pressl, Bürgermeister von Ardagger

Zur Nachahmung empfohlen!

Folgende Gemeinden wurden seit März 2007 als „NÖ Wassergemeinden“ ausgezeichnet: Amstetten, Brunn/Gebirge, Dross, Gerasdorf, Grafenwörth, Krumau/Kamp, Krumbach, Neidling, Mistelbach, Moorbad Harbach, Sitzenberg-Reidling, Tattendorf, Trumau, Wr. Neudorf, Yspertal

Im März 2008 und 2009 wurden die besten Maßnahmen prämiert.

Aktuelle Definition:

Die „funktionelle Einheit“ von Handelseinrichtungen.

Mit der Neuordnung der Zulässigkeit von Einkaufszentren im Zuge der „Zentrumszonen“-Regelung hat das Land Niederösterreich einen neuen Weg beschritten, der für Großformen des Einzelhandels einen klaren und berechenbaren Rahmen absteckt.

Im Zuge der damit verbundenen Novelle des NÖ ROG wurden aber auch für einzelne Betriebe unterhalb der relevanten Größenschwelle von 1 000 m² Bruttogeschosßfläche sowie für Ansammlungen von derartigen Betrieben strengere Regelungen geschaffen, deren Bedeutung, wie es scheint, noch nicht in der gesamten Tragweite erkannt wurde.

Negative Auswirkungen von Handelszonen.

Reine Handelszonen beispielsweise in einem Bauland-Betriebsgebiet können im Hinblick auf die wirtschaftliche Raumstruktur mit klassischen, als Gesamtkonzept geplanten Einkaufszentren verglichen werden: An einem Standort findet sich eine hohe Konzentration von Handelsflächen mit begleitenden Dienstleistungen wie etwa Gastronomie und Entertainment/Kinos. Solche lose entstandenen Handelszonen können daher die gewachsenen Ortskerne, deren Erhaltung ein ausdrückliches Ziel der NÖ Raumordnung ist, ebenso konkurrenzieren und gefährden, wie dies klassische Einkaufszentren tun. Diese – oft auch fälschlicherweise als „Gewerbepark“ bezeichneten – Handelszonen haben allerdings gegenüber klassischen Einkaufszentren zwei schwerwiegende Nachteile: In der Regel werden die Objekte in den Handelszonen ausschließlich eingeschosßig errichtet, jeder Betrieb hat eigene, großzügig dimensionierte

nierte Parkplätze, und zwischen den einzelnen Standorten braucht es noch eine entsprechende Aufschließung. Diese Handelszonen weisen somit einen enormen Flächenverbrauch auf.

Während in einem klassischen Einkaufszentrum einmal ein Stellplatz auf einem zentralen Parkplatz oder in einer Parkgarage gewählt und in der Folge die einzelnen Geschäfte zu Fuß aufgesucht werden, „erziehen“ Handelszonen ihre KundInnen allerdings auch dazu, von einem Parkplatz zum nächsten mit dem Auto zu fahren. Die weitläufige Anlage und die wenig attraktive Gestaltung mit einem hohen Ausmaß an versiegelter Fläche bewirkt

somit eine Vielzahl kürzester und besonders umweltschädlicher motorisierter Wege.

Summationsgebot. Nach der aktuellen Regelung des NÖ ROG ist dann von einer funktionellen Einheit auszugehen, wenn im Umgebungsbereich der geplanten Handelseinrichtung folgende strukturellen Merkmale vorzufinden sind:

- die Gebäude werden ausschließlich oder dominierend für Handelseinrichtungen genutzt und
- diese verfügen mehrheitlich über private (eigene oder gemeinsame) Abstellanlagen für die Kraftfahrzeuge der KundInnen



Handelszonen als Mischung von baulichen, organisatorischen und funktionellen Einheiten ...



... mit gleichartigen Konkurrenzierungseffekten aber höherem Flächenverbrauch als Einkaufszentren.

Bei Vorliegen einer funktionellen Einheit ist die Bruttogeschossfläche der betreffenden Handelsbetriebe zusammen zu zählen. Innerhalb von geschlossenen, bebauten Ortsgebieten außerhalb der Widmungsart Bauland-Kerngebiet-Handelseinrichtungen darf diese Summe die Grenze von 1 000 m² nicht überschreiten.

Ein Problem stellt die Abgrenzung des „umgebenden Bereichs“ selbst dar. Aus praktischen Gründen bietet sich eine Vorgangsweise in mehreren Stufen an.

1. Stufe: die unmittelbare Nachbarschaft. Bei diesem Schritt werden nur jene Grundstücke betrachtet, die die unmittelbare Nachbarschaft zum Beurteilungsstandort bilden. Das sind alle unmittelbar angrenzenden Grundstücke sowie all jene Grundstücke, die an den Beurteilungsstandort ebenfalls angrenzen würden, wenn sie nicht durch eine Straße von diesem getrennt wären (gegenüberliegende Straßenseite). Sofern auf diesen Grundstücken keine Handelseinrichtungen situiert sind, kann die Frage nach dem Vorliegen einer funktionellen Einheit sofort verneint werden.

Sind auf diesen Grundstücken jedoch auch Handelseinrichtungen vorhanden, so sind die Nutzungen der betreffenden Gebäude zu erheben. Hier ist zu unterscheiden zwischen:

- reinen Handelsgebäuden (ein solches kann auch als Nebeneinrichtung einen Dienstleistungsbetrieb – etwa einen Friseur – oder eine gastronomische Einrichtung aufweisen – auch Handelsbetriebe laut Warengruppenverordnung fallen hier hinein!)
- gemischten Handelsgebäuden (wenn etwa ein Geschoss für Handel und das Obergeschoss für Wohnungen und/oder Büros genutzt wird)
- handelsfremden Gebäuden (reine Produktionsbetriebe, Wohngebäude und dergleichen)

Eine funktionelle Einheit ist dann zu erkennen, wenn in der unmittelbaren Nachbarschaft mehrheitlich oder ausschließlich reine Handelsgebäude vorhanden sind, eine Betrachtung entsprechend der zweiten Stufe ist in der Folge nicht mehr erforderlich.

Derlich. Dominieren in der unmittelbaren Nachbarschaft die reinen Handelsgebäude jedoch nicht, so darf in dieser ersten Stufe das Vorliegen einer funktionellen Einheit noch nicht verneint werden, sondern ist im Rahmen der zweiten Stufe der „umgebende Bereich“ auszudehnen.

2. Stufe: die Bezug habende Nachbarschaft. Dieser Untersuchungsschritt ist dann notwendig, wenn in der ersten Stufe keine eindeutige Antwort auf die Frage nach einer funktionellen Einheit erzielt werden konnte. In dieser Untersuchungsstufe reicht der Umgebungsbereich über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus. Wie der zu untersuchende Bereich in diesem Fall abzugrenzen ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Diese können städtebaulicher Natur (Bebauungsstruktur, Erschließungsstruktur und dergleichen), aber auch von naturräumlichen Gegebenheiten (etwa Böschungen und ähnlichem) abhängig sein. In der Regel wird die Frage nach der funktionellen Einheit in dieser Stufe nicht ohne ein schlüssig begründetes Sachverständigengutachten zu beantworten sein.

Ortskerne ausgenommen. Die beiden Kriterien hinsichtlich der Gebäudenutzung und der privaten Stellplätze werden in Ortskernen in der Regel nicht zutreffen. Einerseits weisen die Gebäude in den Ortskernen im Obergeschoss üblicherweise handelsfremde Nutzungen auf, womit die Gebäude multifunktionell und nicht dominierend für den Handel genutzt werden, und andererseits steht im Ortszentrum üblicherweise eine hohe Zahl an Kfz-Stellplätzen auf öffentlichem Grund zur Verfügung.

Für weitere Auskünfte steht die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik zur Verfügung.

Kleinregionale Entwicklungskonzepte:

Neue Förderrichtlinien als strategische Basis.

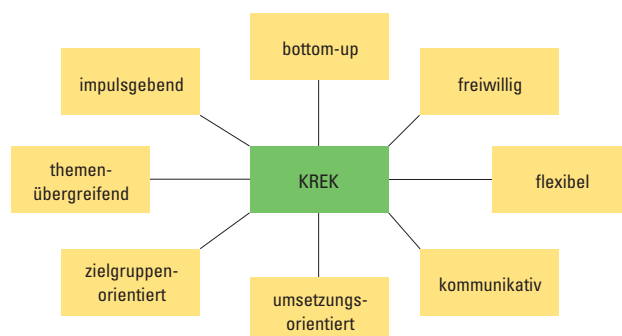
Im Jahr 2001 wurden für die niederösterreichischen Gemeinden Förderrichtlinien für die kleinregionale Zusammenarbeit aufgelegt, um Grundsätze für die Gemeindekooperation in Niederösterreich zu definieren sowie die Förderung Kleinregionaler Entwicklungs- und Rahmenkonzepte zu regeln. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen der letzten acht Jahre wurden die Richtlinien im Sommer 2009 überarbeitet und an neue Gegebenheiten angepasst.

Bei der interkommunalen Kooperation in Form von Kleinregionen schöpft Niederösterreich aus mehr als 20 Jahren Erfahrung. Seit Mitte der 1980er Jahre haben sich 59 Kleinregionen etabliert, die 489 der 573 Gemeinden und rund 1,2 Mio. EinwohnerInnen umfassen. Die Kleinregionalen Konzepte bilden dabei die fundierte Grundlage für die Zusammenarbeit.

Klare Themenfelder... Im Jahr 2008 wurden acht kleinregionale Themen in den Bereichen Daseinsvorsorge, Verwaltung und Raumentwicklung definiert. Darauf aufbauend wurden nun Bestimmungen und Förderrichtlinien für Kleinregionale Entwicklungskonzepte (KREK) angepasst, um den erfolgreichen Weg der gemeindeübergreifenden Kooperation in Niederösterreich fortzuführen und weiterzuentwickeln.

... neue Richtlinien. Über die neuen Förderrichtlinien werden folgende Inhalte geregelt:

Allgemeine Bestimmungen. Die interkommunale Zusammenarbeit basiert in Niederösterreich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und dient der Abstimmung, Definition und Umsetzung regional relevanter Ziele, Strategien und Maßnahmen. Zu diesem Zweck werden Kleinregionen gebildet, die sich aus sechs oder mehr aneinandergrenzenden Gemeinden mit mindestens 8 000 EinwohnerInnen zusammensetzen. Die Gemeindeanzahl kann unterschritten werden, wenn zumindest drei Gemeinden mit 12 000 EinwohnerInnen kooperieren. Weiters ist von den Gemeinden eine gemeinsame Organisation zu bilden, um die Kooperation auf eine gesicherte Basis zu stellen. Die Auswahl der Rechtsform hat dabei in Hinblick auf die zu bewältigenden Aufgaben zu erfolgen.



Schwerpunkte und Zielgruppen. Das Kleinregionale Entwicklungskonzept erhebt nicht mehr den Anspruch auf eine allumfassende Planung, sondern ist auf Hauptthemen fokussiert. Für diese vertiefende Bearbeitung stehen den Kleinregionen sieben Themenfelder zur Auswahl. Das Themenfeld „Kleinregionale Identität und Marketing“ ist aufgrund seiner zentralen Bedeutung jedenfalls im Kleinregionalen Entwicklungskonzept mit einzubeziehen. Daneben können auf Basis des Analyseteils zwei, jedoch maximal drei weitere Schwerpunktthemen für die Bearbeitung gewählt werden. Weiters wird eine Berücksichtigung der kleinregionalen Zielgruppen (also jenes Adressatenkreises, an den sich die Kleinregion mit ihren Aktivitäten richtet) seitens der Förderstelle empfohlen.

Kleinregionales Entwicklungskonzept – Strategieplan mit Wirkung. Das Kleinregionale Entwicklungskonzept ist als Zukunftsentwurf für die Kleinregionale Entwicklung zu verstehen und auf einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren ausgerichtet. Die kooperierenden Gemeinden erarbeiten ein gemeinsames Leitbild, das zur Erreichung der darin enthaltenen



**Strategische Basis
für ein gemeinsames Ziel!**

Ziele eine Strategie mit abgestimmten Maßnahmen und Projekten beinhaltet. Mit der Ausrichtung des Konzepts auf ausgewählte Themen- und Projektschwerpunkte wird die operative Komponente zusätzlich gestärkt. Die Bearbeitung und Abstimmung erfolgt durch das beauftragte Planungsbüro unter Einbindung der AkteureInnen sowie BewohnerInnen der Kleinregion und FachexpertInnen. Die Planungskosten für die Erstellung des Kleinregionalen Entwicklungskonzepts werden mit einem Anteil von 50%, höchstens aber mit einem Betrag von 30.000,- Euro gefördert.

Evaluierung Kleinregionaler Entwicklungskonzepte. Eine Vielzahl von Kleinregionen verfügt bereits über ein Kleinregionales Entwicklungskonzept. Diese Konzepte sind jedoch zum Teil bereits in die Jahre gekommen bzw. noch nicht auf Schwerpunktthemen ausgerichtet. Aus diesen Gründen wurde in den Richtlinien als neue Förderschiene die Evaluierung der Kleinregionalen Entwicklungskonzepte zur Halbzeit (nach vier bis fünf Jahren) aufgenommen. Dabei erfolgt die Bewertung des Kleinregionalen Entwicklungskonzepts sowie des Umsetzungsstands der Maßnahmen und Projekte. Hauptziel ist die ständige Weiterentwicklung der Strategie sowie die Erarbeitung neuer Projekte. Die Erstellung der Halbzeitbilanz wird mit einem Anteil von 50%, höchstens aber mit 10.000,- Euro gefördert.

Kleinregionale Informationsbroschüre. Nach Fertigstellung bzw. Halbzeitevaluierung des Kleinregionalen Entwicklungskonzepts fördert die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik nun erstmals die Erstellung einer Broschüre, mit der die Kleinregionen die Kommunikation nach innen und außen intensivieren können. Als Inhalte sind Informationen über die kleinregionale Organisation sowie über Leitbild, Ziele und Schlüsselprojekte vorgesehen. Die Erstellungskosten der Informationsbroschüre können mit einem Anteil von 50%, höchstens aber mit 3.000,- Euro unterstützt werden.

Preis für Kleinregionale Entwicklungskonzepte.

Neu ist auch, dass Kleinregionale Entwicklungskonzepte mit hoher Vorbildwirkung durch ein Preisgeld ausgezeichnet werden. In Form einer Begutachtung durch eine externe Fachjury wird die Qualität der neu erstellten bzw. evaluierten Kleinregionalen Entwicklungskonzepte bewertet. Der Preis ist jährlich mit einer Gesamtsumme von 40.000,- Euro dotiert und wird auf die Preisträger aufgeteilt. Das Preisgeld dient der Umsetzung eines im Entwicklungskonzept enthaltenen Projekts. Die erste Fachjury-sitzung wird im Jahr 2011 stattfinden.

Beratung und Begleitung.

Den Gemeinden und Kleinregionen stehen die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik sowie die KleinregionsbetreuerInnen des Regionalmanagements Niederösterreich beratend zur Seite. Um ein optimales Ergebnis zu erzielen, sind auch die entsprechenden Fachabteilungen über die Arbeiten am Konzept zu informieren und einzubinden. Es bleibt zu hoffen, dass die Kleinregionen dieses neue Förderangebot verstärkt nutzen, um neue Impulse zu erhalten und die Sichtbarkeit der Kooperation weiter zu erhöhen.

Die Förderrichtlinien für Kleinregionale Entwicklungskonzepte sind unter www.raumordnung-noe.at im Menüpunkt Infostand unter (Klein)Regional abruf- und als Broschüre bestellbar.



Miteinander.

Der Kleinregionentag 2009 im Zeichen der sozialen Vernetzung.



Zu diesem Thema trafen einander rund 140 TeilnehmerInnen am 19. Oktober im Haus der Musik in Grafenwörth zum Kleinregionentag 2009. Auch heuer bot diese jährlich stattfindende Veranstaltung kleinregionalen AkteurInnen die Möglichkeit, sich zum Tagesthema zu informieren, beispielgebende Projekte kennen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen.



Das Thema „Soziales“ ist ein wichtiges Betätigungsfeld für die Kleinregionen geworden, um als attraktiver Standortraum wahrgenommen zu werden. Kleinregionen sind Lebensraum für verschiedenste Personengruppen wie Familien, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen oder MigrantInnen, die sich in ihrer Kleinregion wohl fühlen sollen und deren soziale Bedürfnisse es daher zu berücksichtigen gilt, worauf auch Landesrat Johann Heuras in seinem Eröffnungsstatement hinwies.



Theorie und Praxis ...

... in der Projektwerkstatt ...

Der Kleinregionentag wurde am Vormittag mit einer kleinregionalen Projektwerkstatt zum Thema „Erfolgreich zusammenleben“ gestartet. Im Zuge der Vorstellung des Projekts „Talk↔a(c)tive – Mitreden, Mittun, Mitbestimmen“ diskutierten die TeilnehmerInnen in einem Workshop

Ansätze und Ideen zur Jugendpartizipation auf kleinregionaler Ebene.

... und beim Blick über den Tellerrand. Am Nachmittag führte Franziska Cecon von der Fakultät für Gesundheit und Soziales der FH OÖ mit ihrem Vortrag „Soziale Entwicklungen und ihre Auswirkungen als Wegbereiter für regionale Zusammenarbeit“ in das Tagesthema ein: Veränderte Geburten- und Wanderungsbilanzen sowie die sich nach oben verschiebbende Bevölkerungspyramide – immer mehr Menschen werden

immer älter – lassen erkennen, dass neue Herangehensweisen in den Kleinregionen gefragt sind.

Lösungsansätze aus der Praxis wurden zunächst durch einen Blick nach Vorarlberg aufgezeigt, denn Sibylla Zech, Professorin an der TU Wien, stellte die sozialen Aspekte der „Vision Rheintal“ vor. Weiters berichtete Vize-Bürgermeisterin Gertrud Blum aus Röthis von den gemeindeübergreifenden Aktivitäten im „Lebensraum Vorderlandhus“, einem gemeinsamen Sozialzentrum, wo einander Alt und Jung treffen und voneinander lernen.

Erfolgreich gearbeitet. Unter dem Motto „Kleinregionen vor den Vorhang“ präsentierten VertreterInnen aus niederösterreichischen Kleinregionen Projekte und Ideen zu den Themen Familienfreundlichkeit (Unser Triestingtal), Betreubares Wohnen (Regionalmanagement Mostviertel), Jugend (Kleinregion Wagram), Ferienspiele (Waldviertler Hochland) sowie Da-seinsvorsorge (Büro RaumRegionMensch) und zeigten einmal mehr die Erfolge auf, die durch das Engagement der kleinregionalen AkteurInnen und die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus möglich werden.

Gemeinsam besprochen. In einer abschließenden Podiumsrunde standen das NÖ Integrationsservice, das NÖ Jugendreferat, das AUDIT familienfreundliche Gemeinde sowie das NÖ Seniorenreferat als wichtige Beratungsstellen den TeilnehmerInnen Rede und Antwort.

Weitere Informationen zum Kleinregionentag sowie die Präsentationen und Fotos sind als Download unter www.raumordnung-noe.at im Menü Region–Kleinregionen bei „Aktuell“ abrufbar.

English Summary



Growth and dynamism – Strategies for spatial development of Vienna's city area. Lower Austria is characterized by the diversity of its regions. In terms of spatial planning, rural and urban areas each require individual strategies and approaches. These aspects are dealt with in the project "Strategies for Spatial Development in the Eastern Region" of the Planungsgemeinschaft Ost (planning group east).

Urban areas – Spatial development and governance. Today's major social and economic changes heavily influence settlement structures. These changes challenge governance systems on European, national, regional and local level. Particularly in urban and regional planning, these changes gradually alter the approach to planning activities and lead to the implementation of new and more flexible forms of spatial development governance.

Towns and agglomerations – A political core issue of the future. The agglomeration policy in Switzerland is the Confederation's respond to the complex challenges of urban areas, dealing with them in the agglomerations as well as directly in the individual municipalities. The aim is to bring together various levels of authority in terms of a multi-level governance system.

Urban Graz and Greater Graz Area – Regional management for targeted development. The regional management office for Graz and Greater Graz was established in the autumn of 1999. The aim of this institution was and has been to establish a separate political decision-making body for the region and to solve existing problems of the city and its surrounding areas. It also seeks to establish regional cooperation projects and networks, tapping various funding sources – also at EU level – for joint projects.

The wide range of topics in spatial planning – **Ortsplanung Miteinander (Local Planning Together) 2009.** The annual Ortsplanung Miteinander (local planning together) conference again spanned a wide range of topics from regional spatial planning to future residential and settlement structures this year.

Water management – Lower Austrian Wassergemeinden (water municipalities) protect their most precious resource. The "*NÖ Wassergemeinden – aus gutem Grund für unser Wasser*" (Lower Austrian water municipalities – Protecting our water) campaign promotes the appreciation of water as a valuable resource. Lower Austrian municipalities that want to join this campaign prepare a water management plan dealing with all water-related issues of importance to the municipality. The citizens are to be involved into this process.

New definition – Functional units of commercial centres. Within the scope of the town centre zoning regulations, Lower Austria amended the authorization procedures of shopping centres, providing a clear framework for large-scale retail stores. It also issued stricter regulations for loose agglomerations of retail shops.

Development plans for Kleinregionen (micro-regions) – New funding guidelines as a strategic basis. In 2001 funding guidelines for cooperation in the Kleinregionen (micro-regions) were issued with the aim to define a basic policy for cooperation between municipalities in Lower Austria and to regulate the funding of Kleinregion (micro-region) development plans and frameworks. In the summer of 2009, these guidelines were revised and adjusted to the current situation based on the experiences gained during the past eight years.

Together – Kleinregionentag (Micro-Regions Day) 2009 dedicated to social networking. The Kleinregionentag (micro-regions day) was held in Grafenwörth on 19 October 2009 and was dedicated to social networking.

Der eilige Leser

Wachstum und Dynamik – Strategien zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien. Niederösterreich zeichnet sich durch seine vielfältigen Regionen aus. Diese Räume – vom ländlichen bis zum urban geprägten Typ – benötigen aus raumwissenschaftlicher Sicht auch differenzierte Strategien und Planungsansätze. Mit dem Projekt „Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion“ (SRO) der Planungsgemeinschaft Ost wird diesem Aspekt in der Stadtregion Wien Rechnung getragen.

Stadtregionen: Räumliche Entwicklungen und Steuerungsmöglichkeiten. Der gegenwärtige intensive soziale und ökonomische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Siedlungsstrukturen. Dieser Wandel stellt neue Anforderungen an die Steuerungssysteme auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Insbesondere in der Stadt- und Regionalplanung schlägt sich der Wandel in einem sich langsam verändernden Planungsverständnis sowie in der Umsetzung von neuen, flexibleren Formen der Steuerung von räumlichen Entwicklungen nieder.

Städte und Agglomerationen: Ein politisches Schwerpunktthema der Zukunft. Die Agglomerationspolitik in der Schweiz ist die Antwort des Bundes auf die komplexen Herausforderungen der urbanen Räume. Sie setzt sowohl auf der Ebene der Agglomerationen, als auch direkt bei den einzelnen Quartieren an. Dabei sollen alle relevanten Politikbereiche und die verschiedenen Staatsebenen im Sinn einer Multi-Level-Governance zusammengeführt werden.

Stadtregion Graz & Graz-Umgebung: Eigenes Regionalmanagement für gezielte Entwicklung. Im Herbst 1999 wurde das Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung gegründet. Aufgabe dieser Einrichtung war bzw. ist es, ein eigenes politisches Entscheidungsgremium für die Region zu etablieren sowie die bereits existierenden Konflikte im Stadt-Umland-Bereich zu lösen, aber auch Kooperationen und Netzwerke in den Regionen zu etablieren und so zahlreiche Fördertöpfe – auch auf europäischer Ebene – für gemeinsame Projekte zu erschließen.

Die bunte Themenpalette der Raumordnung: Ortsplanung Miteinander 2009. Auch 2009 hat die jährlich stattfindende Fachtagung „Ortsplanung Miteinander“ einen breiten Bogen von Themen der überörtlichen Raumordnung bis zu künftigen Wohn- und Siedlungsformen gespannt.

Wasser nach Plan: NÖ Wassergemeinden schützen, was kostbar ist. Die Aktion „NÖ Wassergemeinden – aus gutem Grund für unser Wasser“ stellt den Wert des Wassers in den Mittelpunkt. Gemeinden, die eine NÖ Wassergemeinde werden wollen, erstellen einen so genannten Wasserentwicklungsplan, in dem sie sich mit allen Wasserthemen, die in der Gemeinde wichtig sind, auseinander setzen und dabei die Bevölkerung aktiv mit einbeziehen.

Aktuelle Definition: Die „funktionelle Einheit“ von Handelseinrichtungen. Mit der Neuordnung der Zulässigkeit von Einkaufszentren im Zuge der „Zentrumszonen“-Regelung hat das Land Niederösterreich einen neuen Weg beschritten, der für Großformen des Einzelhandels einen klaren und berechenbaren Rahmen absteckt. Aber auch für lose Agglomerationen kleinerer Geschäfte gelten neue, strengere Regelungen.

Kleinregionale Entwicklungskonzepte: Neue Förderrichtlinien als strategische Basis. Im Jahr 2001 wurden für die niederösterreichischen Gemeinden Förderrichtlinien für die kleinregionale Zusammenarbeit aufgelegt, um Grundsätze für die Gemeindekooperation in Niederösterreich zu definieren sowie die Förderung Kleinregionaler Entwicklungs- sowie Rahmenkonzepte zu regeln. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen der letzten acht Jahre wurden die Richtlinien im Sommer 2009 überarbeitet und an neue Gegebenheiten angepasst.

Miteinander. Der Kleinregionentag 2009 im Zeichen der sozialen Vernetzung. Diesem Thema widmete sich am 19. Oktober in Grafenwörth der Kleinregionentag 2009.



P.b.b. Vertragsnummer 072037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noegv.at